



medica mondiale – im Einsatz für die Zukunft afghanischer Frauen

Helfen Sie uns, damit wir handeln können

Spendenkonto: 45 000 163
Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98

**Wiederaufbau in Afghanistan –
nicht ohne Frauen!**

Impressum:
medica mondiale e. V.
Hülchrather Straße 4
50670 Köln
Redaktion: V.i.S.d.P. Britta Amarin
Texte: Britta Amarin, Selmin Caliskan, Bele Grau
Titelfoto, Foto Rückseite: Sybille Fezer
Tel.: 0221/ 931898-0
info@medicamondiale.org
www.medicamondiale.org
Oktober 2007



medica mondiale – bedingungsloser Einsatz für Frauen und Mädchen

Schläge, Beschimpfungen, Bedrohungen, Zwangsarbeit in der eigenen Familie oder in einer fremden.

Weggegeben werden als Wiedergutmachung bei Konflikten zwischen Familien, gegen den Willen heiraten müssen, nach eigenem Willen nicht heiraten dürfen.

Verbot nach der Heirat die eigene Familie zu sehen, verstümmelt und gefoltert werden, verbrannt und erschlagen werden, in die Selbsttötung getrieben werden, als Kind verheiratet werden, als Kind ein Kind gebären müssen.

Unbegrenzt Kinder unter Lebensgefahr gebären, keine Medikamente bekommen, keine medizinische Hilfe ohne Zustimmung eines männlichen Familienangehörigen erhalten.

Als letzte in der Familie zu essen bekommen, sich nicht in der Öffentlichkeit zeigen dürfen, von der Familie zum käuflichen Sex angeboten werden.

Von Milizen entführt, vergewaltigt und als Sexsklavinnen gehalten werden, gegen Tiere an andere Männer eingetauscht werden, als Witwe auf der Straße leben und betteln müssen.

Als Frau in einem Beruf wie Lehrerin, Krankenschwester, Ärztin, Politikerin mit dem Tod bedroht werden, Burka tragen, nicht arbeiten und zur Schule gehen dürfen, für Weglaufen mit Gefängnis bestraft werden, Straftaten nicht anzeigen können.

Das alles ist alltägliche Gewalt an Frauen und Mädchen – auch in Afghanistan. Mit der häufigen Folge, an dieser Gewalt schier “verrückt” zu werden.

medica mondiale setzt sich ein gegen diese Gewalt. 1993 begann die Arbeit mit dem Engagement von Monika Hauser während des Krieges in Bosnien. Heute arbeitet medica mondiale in Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosova sowie Liberia und unterstützt Projekte zu Gunsten von Frauen in vielen weiteren Ländern.

medica mondiale bietet Frauen, die sexualisierte Gewalt überlebt haben, medizinische und psychosoziale Hilfe. medica mondiale ist aber auch Anwältin der Frauen: Die Organisation setzt sich mit politischer Arbeit dafür ein, dass Menschenrechtsverletzungen an Frauen ein Ende finden. Frauen und Mädchen sollen sprechen können und die Täter bestraft werden.

Sicherheit für die afghanischen Frauen und Mädchen?

Die Erwartungen waren hoch nach dem Sturz der Taliban vor sechs Jahren – doch die Veränderungen nach Jahren der Militärpräsenz halten sich in Grenzen. Viel wird geredet von den militärischen Mandaten und dass der Einsatz von Armee und Waffen notwendig sei – vor allem für die Freiheit der Frauen. Doch militärische Sicherheit allein nützt Frauen und Mädchen nicht. Sie brauchen einen umfassenden Schutz vor Übergriffen sowohl in der Familie als auch in der Öffentlichkeit.

In Afghanistan werden die Bedürfnisse von Frauen weiterhin allgemein als unwichtig erachtet – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen.

Fühlen sich Frauen und Mädchen seit dem Sturz der Taliban sicher? Können sie sicher zur Schule und Arbeit gehen – auch unverschleiert? Können Mädchen den Schulbesuch fortsetzen, wenn sie minderjährig verheiratet wurden? Können sie sicher und ohne männliche Begleitung reisen? Fühlen sie sich zuhause sicher vor ihrem Ehemann und dessen Familie? Können sie sich jemandem anvertrauen? Können sie studieren und sich ihren Partner selber aussuchen oder ein ganz anderes Lebensmodell ins Auge fassen? Können sie ihre Rechte vor einem Gericht er-

streiten? Haben Frauen einen Ort zum Leben, wenn sie wegen sogenannter moralischer Verbrechen im Gefängnis waren und ihre Familien sie nicht mehr aufnehmen wollen?

Können sich Frauen auf einem Polizeirevier sicher vor Vergewaltigung fühlen, wenn sie Anzeige gegen ihren schlagenden Ehemann erstatten wollen? Können sie sich im Parlament und später zuhause sicher fühlen, wenn sie ihr Wort gegen herrschende Warlords richten?

Diese Fragen können mit einem klaren “Nein” beantwortet werden. Die während der Kriegsjahre erlebte Gewalt, die erneute Unsicherheit und die immer noch herrschende Rechtlosigkeit machen die meisten Frauen zu Gefangenen ihrer Häuser und frauenfeindlicher Traditionen und abhängig von einem Mann und dessen Familie.

medica mondiale in Afghanistan

medica mondiale will mit ihrem Engagement die psychosoziale, gesundheitliche und rechtliche Situation der afghanischen Frauen und ihre Stellung in der Gesellschaft nachhaltig verbessern. Seit 2002 unterstützt medica mondiale Frauen und Mädchen in Kabul, Mazar-i-Sharif, Herat und Kandahar. Geplant ist, dass die afghanischen Mitarbeiterinnen das Projekt ab 2009 als nationale Organisation in eigener Regie weiter führen. Derzeit arbeiten drei internationale und etwa 70 lokale MitarbeiterInnen im Land.

Die Arbeit von medica mondiale in Afghanistan ist umfassend: Die Organisation unterstützt Frauen auf medizinischer und psychosozialer Ebene, engagiert sich im Rechtshilfeprojekt für die juristische Gleichbehandlung von Frauen, hat ein Netzwerk zum Schutz von Frauen und Mädchen aufgebaut und setzt sich mittels Menschenrechtsarbeit national und international für mehr Rechte für Frauen in Afghanistan ein.

Im psychosozialen Projekt werden Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und Hebammen aus staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen für die Arbeit mit traumatisierten Frauen geschult. Gleichzeitig bieten afghanische Beraterinnen von medica mondiale in den verschiedenen Stadtteilen Kabuls, im "Women's Garden", einer Einrichtung nur für Frauen, und in den beiden

Frauengefängnissen der Stadt psychosoziale Gruppenberatung sowie individuelle Unterstützung an. Bei Bedarf werden Frauen an andere Hilfsprogramme weitervermittelt.

Im Gesundheitsprojekt leiten Exilafghanische Ärztinnen in Kurzeiteinsätzen das Personal in Krankenhäusern auf den Gebieten Trauma und Psychosomatik an. Ziel ist es, in staatlichen afghanischen Krankenhäusern einen traumasensitiven medizinischen Ansatz einzuführen und eine angemessene Versorgung der afghanischen Frauen sicherzustellen, insbesondere für Patientinnen mit Gewalterfahrung.

Im Rechtshilfeprojekt setzen sich 14 afghanische AnwältInnen in Kabul, Herat, Kandahar und Mazar-i-Sharif dafür ein, dass inhaftierte Frauen ein gerechtes Verfahren erhalten. Die JuristInnen waren zuvor von medica mondiale zu StrafverteidigerInnen fortgebildet worden. Zu ihren Aufgaben gehört die Rechtsberatung und Strafverteidigung für Frauen und die Unterstützung ihrer Klientinnen mittels Mediation, der Vermittlung zwischen den Betroffenen, bei der schwierigen Reintegration in ihre Familien oder der Weitervermittlung in Schutzhäuser.

In Kabul, Herat und Mazar-i-Sharif wurde außerdem in Zusammenarbeit mit mehreren Organisationen ein Netzwerk

zum Schutz von Frauen und Mädchen aufgebaut, dessen Schutzhäuser Zuflucht vor Gewalt, Menschenhandel, Zwangsheirat und willkürlicher Verhaftung bieten. medica mondiale fördert diese Arbeit unter anderem durch Trainingsmaßnahmen für die Mitarbeiterinnen der Schutzhäuser.

Die Vernetzung von Frauenorganisationen und die Lobbyarbeit für Frauenrechte als Menschenrechte in allen gesetzgebenden Gremien, in den Gemeinden und der Regierung bilden den Rahmen der Arbeit von medica mondiale. Ziel der Lobbyarbeit ist es, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftspolitischen Prozessen zu fördern und die Rechte der Frauen gegen fundamentalistische Strömungen zu verteidigen. Zu den Aufgaben gehören die Beratung gesetzgebender Gremien sowie Untersuchungen und Aufklärungskampagnen zu Gewalt gegen Frauen.

Das Engagement von medica mondiale in Kabul, Herat, Kandahar und Mazar-i-Sharif ist besonders effektiv, weil die Organisation die direkte Unterstützung betroffener Frauen mit einer beharrlichen Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit verbindet. So konnte zum Beispiel eine Verbesserung der medizinischen Versorgung von Frauen erreicht werden: Die Regierung erklärte sich 2003 bereit, ein Dekret zu erlassen, nach dem lebenserhaltende Notfall-Operationen, wie zum Beispiel ein Kaiserschnitt, nun auch ohne Einwilligung männlicher Familienangehöriger durchgeführt werden können.

Im Jahr 2005 wurde die Zwangsverheiratung von Mädchen durch eine Untersuchung in den öffentlichen Fokus gerückt, was zur Einrichtung eines politischen Runden Tisches und eines nationalen Aktionsplans zu diesem Thema führte.



Mitarbeiterinnen bei der Eröffnung des Mediationszentrum im Untersuchungsgefängnis Walayat im Mai 2007 © medica mondiale

2006 klärte medica mondiale Afghanistan im Rahmen einer Untersuchung erstmalig umfassend über Gründe und Ausmaß der Selbstverbrennung von Frauen und Mädchen auf; auf einer internationalen Konferenz in Kabul wurde in Folge dessen ein Aktionsplan zur Aufklärung und Prävention von Selbstverbrennungen erarbeitet.

Schwerpunkte der Lobbyarbeit 2007 sind die weitreichenden Auswirkungen von Gewalt auf die Gesundheit von Frauen und Mädchen sowie das Recht auf Gesundheit. Alle Projekte von medica mondiale wirken auf eine öffentliche Präsenz von Frauen in der afghanischen Gesellschaft hin.

Die Forderungen von medica mondiale

Im Herbst 2007 hat die Bundesregierung ein neues Afghanistan-Konzept vorgelegt. Für eine kluge und stärkere Unterstützung von Frauen und Mädchen hat medica mondiale richtungsweisende Empfehlungen für Politikerinnen und EntscheidungsträgerInnen formuliert, die sich auf die Erfahrungen der vergangenen fünf Jahre Einsatz in Afghanistan gründen:

Frauen vor Gewalt schützen!

Der Schutz vor struktureller und häuslicher Gewalt muss auf der Agenda ganz oben stehen. Gewalt in den Familien findet in Afghanistan in erschreckenden Ausmaßen statt und wird nicht bestraft, da sie als "normal" wahrge-

ernstzunehmendes Sicherheitsproblem wahrgenommen werden. Häusliche Gewalt hindert Frauen und Mädchen daran, am Aufbau demokratischer Strukturen teilzunehmen, zwingt sie in unerwünschte und oft zu frühe Ehen, verhindert ihren Zugang zu Arbeit, Bildung und Gesundheit.



Eine afghanische Frau in einer Gefängniszelle
© Ursula Meissner/medica mondiale

nommen wird. Sie reicht oftmals bis hin zur Ermordung von Frauen und Mädchen oder drängt Frauen zur Selbsttötung. Gewalt gegen Frauen muss von der internationalen Gemeinschaft als

die Versorgung mit den dringendsten Überlebenshilfen wie Medikamente, Nahrungsmittel, Feuerholz und ähnliches sicherstellt.

Wie ?

- ! Frauenberatungsstellen müssen finanziell und fachlich unterstützt werden.
- ! Ein Netz von Schutzhäusern für von Gewalt betroffene Frauen muss ausgebaut werden.
- ! Regierung, Polizei, LehrerInnen, Mullahs und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen müssen Gewalt gegen Frauen öffentlich ächten und die Bevölkerung für friedliche Konfliktlösungen sensibilisieren.
- ! Für inhaftierte Frauen muss ein Nothilfefonds eingerichtet werden, der

Polizistinnen ausbilden!

Damit Gewalt an Frauen nicht ungestraft bleibt, müssen mehr Polizistinnen ausgebildet werden. Deutschland hat in Afghanistan weitgehende Verantwortung für die Polizeiausbildung übernommen und ist auch nach der Übertragung dieser Aufgabe an die EU noch federführend. Deutsche AusbilderInnen müssen die afghanische Polizei auch im Hinblick auf Frauenrechte trainieren und für neue, frauenfreundlichere Strukturen sorgen. Dazu gehört auch, dass mehr weibliches Personal nach Afghanistan geschickt wird.

Auf der anderen Seite müssen verstärkt afghanische Frauen die Polizeiausbildung durchlaufen; denn Frauen in Not haben bei der Polizei bis heute keine Ansprechpartnerinnen, an die sie sich wenden können. Das Misstrauen gegen männliche Polizisten ist – aufgrund des schlechten Rufs der Polizei als korrupt und gewalttätig – denkbar groß. Nicht selten werden Frauen, die dort Hilfe gesucht haben, geschlagen und wieder nach Hause geschickt. Zudem bedeuten mehr Frauen in der Polizei auch mehr Präsenz von Frauen in der Gesellschaft als Vertreterinnen der Staatsgewalt.

Wie ?

- ! Die afghanische Polizei muss im Hinblick auf Frauenrechte trainiert werden und für entsprechende Strukturveränderungen sorgen.
- ! Bei der Anwerbung von Frauen für den Polizeidienst müssen die Verantwortlichen für den Polizeiaufbau zivilgesellschaftliche Organisationen zu Rate ziehen.

- ! Eine landesweite Kampagne zur Anwerbung von Frauen für den Polizeidienst ist notwendig.
- ! Bestehende Anlaufstellen für Fälle häuslicher Gewalt bei der Polizei brauchen fachliche Unterstützung.

Verbrechen an Mädchen und Frauen bestrafen!

In Afghanistan herrscht bei Gewalttaten an Mädchen und Frauen im privaten Umfeld immer noch eine faktische Amnestie für Männer. Das wirtschaftliche und soziale Familieninteresse hat – zur Sicherung des sozialen Friedens – immer Vorrang vor der Verfolgung von Sexualdelikten und anderen Gewalttaten an Mädchen und Frauen. Gerechtigkeit ist derzeit grundsätzlich ein Vorrecht der anderen Familienmitglieder, aber nie Gerechtigkeit für das betroffene Mädchen oder die Frau. Doch Gerechtigkeit für diese Frauen darf nicht dem vermeintlichen Familien- und Gemeinschaftsfrieden geopfert werden.

Wie ?

- ! Die Vereinten Nationen müssen von der afghanischen Regierung die Umsetzung von CEDAW – das Internationale Übereinkommen der UN zu Frauenrechten – fordern.
- ! Die Geberländer müssen die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen und Mädchen beobachten und seine Umsetzung einfordern.
- ! Die Justiz muss durch Kompetenzbildung im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen an Frauen und Mädchen sensibilisiert werden.

Die Forderungen von medica mondiale

Kriegsverbrecher bestrafen!

Der afghanische Präsident Karzai verabschiedete Ende 2006 einen Aktionsplan zu "Peace, Justice and Reconciliation", der eine Bestrafung von Kriegsverbrechern beinhaltet. Gleichzeitig

Da die Kriegsoffer laut Aussagen afghanischer Menschenrechtsaktivistinnen mehrheitlich Frauen sind, dürften solche Klagen angesichts der bestehenden Machtverhältnisse völlig utopisch sein.



Eine medica mondiale-Anwältin im Gespräch mit einem Richter © Sven Hansen

unterzeichnete er aber auch im März 2007 ein Amnestie-Gesetz, das eine Verfolgung von Kriegsverbrechern staatlicherseits nicht mehr vorsieht. Nur noch Individuen können gegen die Täter klagen.

Eine Vergewaltigung zum Beispiel muss die betroffene Frau durch vier männliche Zeugen beweisen. Zudem wird sie danach selbst der Unzucht beschuldigt. Das bedeutet: Sie wird aus dem Familien- und Freundeskreis verstoßen und ist damit gesellschaftlich

geächtet und existentiell bedroht. Viele Frauen wurden sogar ermordet, wenn sie den Täter benannten.

Afghanische ParlamentarierInnen und rund 100 Nichtregierungsorganisationen, die dem Afghan Civil Society Forum angehören, haben gegen das Amnestie-Gesetz scharf protestiert. Die Amnestie steht im krassen Widerspruch zu internationalen Geberkonzepten wie dem "Afghanistan Compact", der "Afghan National Development Strategy" und mehreren internationalen Konventionen (Rom-Statut, Genfer und Haager Konvention, dem Pakt über zivile und bürgerliche Rechte).

Wie ?

- ! Die Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft müssen Präsident Karzai drängen, den Aktionsplan ernst zu nehmen und konkret umzusetzen.
- ! Die Bundesregierung muss Afghanistan für den Bruch der genannten Konventionen vor dem Internationalen Gerichtshof verklagen. Ziel: Das Amnestie-Gesetz muss zurückgenommen werden.
- ! Kriegsverbrecher müssen von unabhängigen Gerichten bestraft und frauenspezifische Expertise muss in die Ahndung geschlechtsspezifischer Kriegsverbrechen integriert werden.

- ! Die Bundesregierung muss die afghanischen ParlamentarierInnen in ihrem Kampf politisch unterstützen.

Frauen in die Friedensversammlung!

An der Friedensversammlung – der Peace Jirga – zwischen Vertretern Pakistans, den Taliban und der afghanischen Regierung nimmt nur eine einzige Frau teil, die zudem einer Warlord-Fraktion angehört. Die Zivilgesellschaft hat in dieser Versammlung trotz der Zusage von Präsident Karzai bislang keinen Platz gefunden.

Wie ?

- ! Die "Third Line", eine Gruppe von Männern und Frauen, die nicht mit den Warlords im afghanischen Parlament sympathisieren, muss international unterstützt werden.
- ! VertreterInnen der Zivilgesellschaft müssen Zugang zur Friedensversammlung bekommen.
- ! Umsetzung der UN-Resolution 1325 für Frauen, Frieden und Sicherheit, die Frauen an die Verhandlungstische bringen soll.

Die Forderungen von medica mondiale

Wiederaufbauen statt aufrüsten!

Die Lebenssituation von Frauen ist ein klarer Indikator, um die Entwicklung des bisherigen zivilen Wiederaufbaus Afghanistans zu beurteilen: Die Müttersterblichkeit ist weltweit eine der höchsten, etwa 80 Prozent der Frauen und Mädchen werden zwangsverheiratet und über die Hälfte der Gefängnisinsassen wurden aufgrund "moralischer Verbrechen" – also vermeintlicher Ehebruch oder Weglaufen von Zuhause – eingesperrt, ihrer Rechte beraubt und von der Gesellschaft als schlechte Frauen abgestempelt.

Die mutmaßliche Verbesserung der Lebenssituation afghanischer Frauen und Mädchen führen PolitikerInnen aller Couleur jedoch immer wieder als Argument in der öffentlichen Debatte an, wenn es um die Rechtfertigung einer weiteren militärischen Aufrüstung geht – so bei der Entscheidung über den Einsatz von deutschen Tornados und der Teilnahme der deutschen Truppen am Anti-Terror-Kampf der amerikanischen Militärs (Operation Enduring Freedom).

Die aggressive militärische Strategie der Anti-Terrorbekämpfung hat den Frauen bislang jedoch nur eines gebracht: eine sich dramatisch verschlechternde Sicherheitssituation, die immer mehr Frauen und Mädchen in ihre Häuser zurückzwingt – und sie dabei zu Zielscheiben fundamentalistischer Kräfte macht.

Auch Extremisten instrumentalisieren das Frauenthema für ihren Kampf ge-

gen die als Besatzung empfundenen internationalen NATO-Streitkräfte. Die kleinen Erfolge der Frauen in den letzten Jahren, vor allem im Bereich der Bildung und in der politischen Partizipation, sind ihnen ein Dorn im Auge. Sie missbrauchen diese Entwicklung propagandistisch, um weitere bewaffnete Kämpfer gegen die Besatzer zu mobilisieren. Das hat Folgen: Die Todesopfer von Bombenangriffen der internationalen NATO-Truppen sind keine Terroristen, sondern überwiegend Zivilisten.

Der Vertrauensverlust auf afghanischer Seite ist groß. Und die fortschreitende Militarisierung der afghanischen Männer bedeutet, dass Frauen in der Familie und in der Öffentlichkeit immer mehr auf bewaffnete Männer stoßen. Das hat verheerende Folgen für die Frauen und für den Wiederaufbau.

Gegenwärtig werden aus dem Bundeshaushalt pro Jahr mehr als 530 Millionen Euro für den Militäreinsatz ausgegeben. Für den zivilen Aufbau steht davon weniger als ein Viertel zur Verfügung. Das Budget für Förderung von Frauenrechten und Unterstützung von Frauen unter anderem im Gesundheits- und Bildungswesen liegt 2007 nur bei 1,7 Millionen Euro.

Viele in Afghanistan tätige Organisationen plädieren für einen nachhaltigen Strategiewechsel in Afghanistan: Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung können nur gelingen, wenn die militärische Gewaltspirale beendet und das

Ziviler Aufbau muss Vorrang haben – Maria Zemp, eine Trainerin von medica mondiale, im Gespräch mit einer afghanischen Hebamme.
© Gurcharan Virdee / medica mondiale



Primat der militärischen Konfliktlösung durch einen verstärkten zivilen Wiederaufbau abgelöst wird.

Wie?

- ! Die "Operation Enduring Freedom" hat sich als kontraproduktiv herausgestellt und wird von der afghanischen Bevölkerung massiv abgelehnt – sie muss daher so schnell wie möglich beendet werden.
- ! Der deutsche Aktionsplan für zivile Krisenprävention, der verstärkte zivile Maßnahmen vorsieht, muss umgesetzt werden.
- ! Eine Abkehr vom Primat des Militärischen muss sich auch in der Bereitstellung von Finanzmitteln widerspiegeln. Das Verhältnis von Ausgaben für militärische und zivile Zwecke muss zugunsten von zivilen Maßnahmen umgekehrt werden.
- ! Die Förderung von Frauenrechten und des Aufbaus von direkten Dienstleistungen für Frauen im Gesundheits-, Rechts- und Bildungswesen muss im Wiederaufbaubudget deutlich aufgestockt und im Sinne eines Gender-Budgeting vorrangig behandelt werden.
- ! Projekte, die Frauen- und Menschenrechtsarbeit leisten und die politische Partizipation von Frauen fördern, müssen besser finanziert und fachlich unterstützt werden.
- ! Internationale und afghanische Organisationen müssen mehr finanzielle Hilfen bekommen, damit sie die afghanischen zivilgesellschaftlichen Strukturen stützen und fördern können. Das Geld muss direkt in die Hände der Hilfs- und Entwicklungsorganisationen fließen, da die Regierung aufgrund von Korruption und Zusammenarbeit mit den Warlords dazu nicht in der Lage ist.
- ! Die inhaltliche Verknüpfung von Friedensaufbau und der Prävention von neuer Gewalt gegen Frauen und bewaffneter Gewalt muss bei internationalen und nationalen Konzepten endlich berücksichtigt werden.
- ! Psychosoziale Angebote zur Traumabearbeitung für Jungen und Männer als vorbeugende Maßnahme gegen häusliche Gewalt, familiäre Konflikte und bewaffnete Gewalt sind dringend erforderlich.